**Zeitschrift:** Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

**Band:** 88 (2017)

**Heft:** 4: Pflegekräftemangel : Zahlen, Strategien, Massnahmen

**Artikel:** In Deutschland fehlen Zehntausende von Alterspflegerinnen und

Alterspflegern: "Daheimangestellte" aus Polen

Autor: [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-834225

# Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# In Deutschland fehlen Zehntausende von Alterspflegerinnen und Alterspflegern

# "Daheimangestellte" aus Polen

In Deutschland herrscht akuter Mangel an Fachkräften in der Langzeitpflege. Das hat zu einem riesigen Graumarkt geführt, auf dem ausländische – vor allem polnische und tschechische – Arbeitskräfte in private Haushalte vermittelt werden.

Die Beteiligten sprechen gern von einer «Win-win-Situation»: Die Angehörigen haben die Gewissheit, dass die pflegebedürftige Mutter oder der pflegebedürftige Vater in der angestammten Umgebung versorgt und betreut ist. Die Privatpflegerinnen oder – seltener – Privatpfleger haben eine Arbeit, die ihnen mehr einbringt als ein Job im Herkunftsland. Denn in Deutschland sind die Menschen, die sich in einem Privathaushalt als Pflegerin oder Pfleger anstellen

lassen, in den seltensten Fällen Deutsche. Die meisten Frauen und Männer kommen aus einem osteuropäischen Land, vor allem aus Polen und Tschechien.

Die Rekrutierung dieser Alterspflegerinnen und -pfleger spielt sich in einer Grauzone ab. Seit Polen und Tschechien EU-Mitglieder sind, gilt das sogenannte Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Das heisst konkret:

Eine polnische oder tschechische Agentur tritt als Arbeitgeberin der Pflegekräfte auf und bezahlt Versicherungen und Krankenkasse im eigenen Land. Das ist wesentlich billiger, als wenn die eigentlichen Arbeitgeber – die Pflegebedürftigen respektive deren Angehörige – in die deutschen Sozialversicherungen einbezahlen müssten.

Zwar kritisieren die Berufsorganisationen diesen Trick. Aber sie wissen: Ohne den Graumarkt würde das Pflegesystem

Deutsche Seniorin mit polnischer Privatpflegerin: Arbeit in der Grauzone.

kollabieren. Experten gehen inzwischen von rund 200000 derart beschäftigten osteuropäischen Pflegekräften in Deutschland aus. Die Zahl dürfte steigen. Denn auch in Deutschland – so schlug Mitte März der deutsche Pflegetag Alarm – fehlen Pflegekräfte in der Alterspflege. Das hat auch mit dem Lohngefälle zu tun: Gegenüber der Spitalpflege verdienen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Langzeit- und Alterspflege einen Fünftel bis einen Drittel weniger. Für einheimische Pflegekräfte nicht nur unattraktiv, sondern oft schlicht zu wenig.

#### Niemand will richtig hinschauen

Der Staat hat wenig Interesse, etwas zu ändern. Zwar ist allen klar, dass Arbeitszeitregelungen, Ferien und Freitage selten korrekt eingehalten werden. Aber weil sich die Pfle-

gearbeit quasi privat abspielt, will niemand so richtig hinschauen. Denn kämen all die pflegebedürftigen Menschen in ein Heim, würde die Pflegeversicherung aus dem Ruder laufen. Die Altersbetreuung und -pflege zur Aufgabe des Staats zu machen, ist für die grossen (Regierungs-)Parteien kein Thema. Das wäre teuer und würde Steuererhöhungen nach sich ziehen.

## Ein 24-Stunden-Job

Man könnte den

Sechs-Stunden-

Arbeitstag einführen –

und hätte Zeit für die

Pflege der Eltern.

Dass die Polinnen und Tschechinnen oft ausgenützt werden, zudem lange Zeit ohne die eigene Familie leben müssen und kaum die Möglichkeit haben, die deutsche Sprache zu lernen, wird hingenommen. Die ausländischen Menschen sind tatsächlich nur Arbeitskräfte. Ihr eigenes Leben müssen sie zurückstellen, die Pflege ist ein 24-Stunden-Job.

Die Gewerkschaften rechnen allerdings vor, dass es sich für den Staat auch lohnen könnte, wenn alle Erwachsenen im arbeitsfähigen Alter weniger arbeiten müssten und mehr Zeit für die Pflege von Angehörigen hätten. Man könnte zum Beispiel – wie in Skandinavien ausprobiert – den Sechs-Stunden-Arbeitstag einführen.

Davon ist in Deutschland nicht die Rede. Es wird wohl auf absehbare Zeit dabei bleiben, dass osteuropäische Männer und Frauen im Graubereich dazu beitragen, dass der Pflegekräftemangel halbwegs bewältigt wird. Deutsche Gewerkschaften nehmen immerhin das schweizerische gewerkschaftliche «Netzwerk Respekt für BetreuerInnen in Privathaushalten» zum Vorbild, damit die osteuropäischen Pflegekräfte nicht ganz alleinegelassen werden. Obwohl in der Schweiz als Nicht-EU-Land weit weniger (osteuropäische) Ausländerinnen und Ausländer als «Daheimangestellte» beschäftigt sind, bietet das Netzwerk den Care-Migrantinnen Beratung und Hilfe an und ist auch bereit, rechtlich gegen ausbeuterische Arbeitgeber vorzugehen.